



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT
CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE
CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss

Décision

Decisione

-3. Sep. 1986

1394

GATT-Ministerkonferenz, Punta del Este (Uruguay)
15. - 20. September 1986

Aufgrund des Antrags des EVD vom 27. August 1986

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

b e s c h l o s s e n :

1. Von der im vorgelegten Dokument dargelegten Absicht in Bezug auf die Neue GATT-Runde wird als Richtlinie für die Schweiz. Delegation an der Konferenz von Punta del Este in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.
2. Die schweiz. Delegation steht unter der Leitung von Bundesrat K. Furgler, Vorsteher des EVD. Ihr gehören ferner an:
 - Staatssekretär C. Sommaruga, Direktor des BAWI, als stellvertretender Delegationschef
 - Botschafter F. Blankart, Delegierter des Bundesrates für Handelsverträge
 - Botschafter P.-L. Girard, Chef der Schweiz. Delegation bei der EFTA und beim GATT
 - Dr. B. Eberhard, Chef des Dienstes für Welthandelsfragen/GATT
 - Dr. L. Wasescha, stellvertretender Chef der Schweiz. Delegation bei der EFTA und beim GATT
 - Chr. Kauter, Dienst für Welthandelsfragen/GATT
3. Die Taggelder sind nach Absprache mit dem Eidg. Personalamt festzulegen.
4. Der schweizerische Botschafter in Uruguay, J.-P. Keusch, nimmt ex officio an der Konferenz teil.

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	6	-
		EDI		
		EJPD		
		EMD		
	X	EFD	7	-
X		EVD	5	-
		EVED		
		BK		
	X	EFK	2	-
	X	Fin.Del.	2	-

R é s u m é

GATT-Ministerkonferenz Punta del Este (Uruguay)
15. - 20. September 1986

Dem Bundesrat wird vorgeschlagen, den Vorsteher des EVD, Bundesrat K. Furgler, mit der Leitung der schweizerischen Delegation an der GATT-Ministerkonferenz zu betrauen, welche vom 15.-20.9.86 in Punta del Este (Uruguay) stattfinden wird. Als stellvertretender Delegationschef soll Staatssekretär C. Sommaruga, Direktor des Bundesamtes für Aussenwirtschaft, bezeichnet werden. Die Konferenz hat zur Aufgabe, die Zwecksetzung der künftigen GATT-Runde festzulegen und damit die multilateralen Welthandelsverhandlungen als solche auszulösen. Aus schweizerischer Sicht sollten diese Verhandlungen drei Hauptaufgaben wahrnehmen: die Verstärkung, Anpassung und Ausweitung des multilateralen Handelssystems, die Verbesserung des Marktzugangs und schliesslich die Integration der Handelspolitik in die internationale Wirtschaftszusammenarbeit.



EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

Bern, den 27. August 1986

An den Bundesrat

**GATT-Ministerkonferenz
 Punta del Este (Uruguay)
 15. - 20. September 1986**

Wir beehren uns, Ihnen mit dem vorliegenden Dokument das Mandat und die Delegation für die GATT-Ministerkonferenz von Punta del Este zu beantragen. Aufgabe dieser Konferenz ist es, die Zwecksetzung der Neuen GATT-Runde festzulegen und damit die Verhandlung als solche auszulösen. Da das Ergebnis der Konferenz noch offen ist, können das Mandat und die Delegation für die Verhandlungen selbst noch nicht bestimmt werden. Dies wird Gegenstand eines gesonderten Antrages sein, den wir Ihnen nach der Konferenz von Punta del Este unterbreiten werden.

1. Lagebeurteilung

Das GATT ist 1948 in einer handelspolitischen Lage geschaffen worden, deren Parameter sich in den Siebziger Jahren grundlegend verändert haben: Uebergang zu flexiblen Wechselkursen, Oelschocks, Grenzen des Wachstums, Zunahme von Vertragsparteien aus der Dritten Welt, NIC's, Verschuldung, Arbeitslosigkeit. Aus einem Club mehrheitlich industrialisierter Staaten mit quasi selbständigem Aktionsbereich (Handelspolitik) ist das GATT zu einem weltweiten Element im Rahmen der wirtschaftlichen

Interdependenz geworden. Nicht weil die Liberalisierung in der Rezessionsphase unsinnig geworden wäre, sondern weil die geänderten Rahmenbedingungen deren Sinnhaftigkeit zu verfälschen drohten, schlitterte die Welthandelsgemeinschaft, der Verzögerung durch die Tokio-Runde zum Trotz, in die Defensive der Protektion, der Sektoralisierung, des kräftemessenden Bilateralismus und der regionalen Angehensweisen.

Zudem ist die in den 60er Jahren angestrebte Integration der Entwicklungsländer in das multilaterale Handelssystem weitgehend misslungen. Weder sind diese vertragliche Verpflichtungen eingegangen, noch haben sie in den Industrieländern genügend offene Absatzmärkte gefunden. Und die am wenigsten entwickelten Länder vermochten das vor allem für sie konzipierte Allgemeine Präferenzsystem nicht in einer Weise zu nutzen, welche sie einer allmählichen Integration ins Welthandelssystem nähergebracht hätte.

Ein Blick auf die Lage in verschiedenen Absatzmärkten zeigt folgendes Bild:

- schwere binnenwirtschaftliche Belastungen,
- wirtschaftliche Ungleichgewichte auf der Aussenfront,
- als Reaktion darauf immer häufigere Zuflucht zu protektionistischen Massnahmen,
- Ausbruch aus der bestehenden multilateralen Ordnung,
- wachsender Einsatz politischer Machtmittel zu wirtschaftlichen Zwecken.

Der Ausbruch aus der multilateralen Legalität und die damit verbundene Rechtsunsicherheit sind Alarmzeichen, untrügliche Symptome dafür, dass das Allg. Abkommen (GATT) und sein Nachfolgerecht vordringlichen Situationen nicht mehr gerecht zu werden vermag. Das GATT hat auf Probleme, die 1948 noch nicht bestanden haben, keine Antwort, weshalb verschiedene ausserhalb des Systems getroffene Massnahmen zu Recht oder zu Unrecht als

GATT-fremd, und nicht als GATT-widrig angesehen werden. Als Beispiel sei unter vielen auf die bilateralen Selbstbeschränkungsabkommen hingewiesen, mit denen versucht wird, gewisse Probleme des mangelnden kommerziellen Gleichgewichts zu lösen, wie dies u.a. im Bereich der synthetischen Fasern, des Stahls, der Automobile, der Petrochemie, der Schuhe und Textilien versucht worden ist. Solch ein Vorgehen stellt einen Rückfall in den Bilateralismus, d.h. eine "Segmentation" des Welthandelssystems dar, ein Phänomen, das nicht nur die klassische multilaterale Handelspolitik als Motor des strukturellen Wandels an sich gefährdet, sondern - reaktiv - die Marktwirtschaft gewisser Staaten überhaupt. Weitere Beispiele für die Unangemessenheit des bestehenden Systems sind die Subventionen, die Landwirtschaft, die handelspolitische Nord/Süd-Problematik, das öffentliche Einkaufswesen, die Normen, aber auch die mangelnde Abdeckung der neuen Bereiche und der sog. "linkages" (Handel/Währung, Handel/Finanzen, Handel/Wirtschaftspolitik, Handel/geistiges Eigentum, etc.).

Aus der Erkenntnis, dass es **so** nicht weitergehen kann, ist das Bedürfnis nach neuen Verhandlungen erwachsen. Jene, die zugleich luzid und mutig sind, haben erkannt und anerkannt, dass die Neue Runde, soll sie Erfolg haben, in der Substanz umfassend sein muss und folglich mit früheren Runden fast nichts gemeinsam haben wird. Es geht letztlich um nicht mehr und nicht weniger als darum, das Handelssystem für die Zeit nach der Jahrtausendwende zu entwerfen. Begreiflicherweise scheuen sich manche, sich dieser Herausforderung, die ihren innenpolitischen Preis hat, zu stellen, und kommen deshalb mit individuellen Partikularwünschen nach Genf oder wännen, mit angeblich pragmatischen Lösungen Grunderfordernissen gerecht werden zu können.

Nüchtern besehen, können die Beweggründe einer umfassenden neuen Verhandlung in drei Kategorien eingeteilt werden:

- a) Die Vermehrung sektorieller Angehensweisen sowie restriktiver Massnahmen ausserhalb des normativen multilateralen Handelssystems sind klare Indizien, dass dieses den gewandelten

Verhältnissen nicht mehr angepasst ist. Das Ergebnis hiervon ist ein bedenklicher Autoritätsschwund des GATT und folglich eine wachsende Unsicherheit betreffend das geltende System.

- b) Unter anderem als Folge hiervon ergibt sich trotz relativ günstiger Wirtschaftslage eine nur zögernde und länderweise ungleiche Entwicklung des internationalen Handels, was der Lösung des Verschuldungs- und Arbeitslosigkeitsproblems abträglich ist.
- c) Und schliesslich ist, im Unterschied etwa zu den Sechziger Jahren, eine zunehmende Einwirkung handelsfremder Faktoren auf die Handelsbeziehungen zu beobachten: Genannt sei der Einfluss, welcher die Finanz-, Währungs- und Wirtschaftspolitik, ja die Politik und die Macht überhaupt, vermehrt auf den Handel ausüben.

2. Absicht

Aufgrund dieser Lage sollten sich nach schweizerischer Beurteilung die Verhandlungen auf die folgenden drei Hauptaufgaben ausrichten:

- a) Die dauerhafte Verstärkung, Anpassung und Ausweitung des multilateralen Handelssystems, um damit die Voraussetzungen für eine stabilere und besser voraussehbare Handelspolitik und damit einen freieren Handel zu gewährleisten. Dies ist eine international **legislative** Aufgabe. Es geht hier somit nicht um die Fragen des Marktzugangs, sondern um die Anpassung oder Schaffung der völkerrechtlichen Regeln, unter denen der Marktzugang ausgehandelt und alsdann angewandt werden kann, m.a.W. um "systemische" Probleme. Wir nennen diese Verhandlungsaufgabe "work on GATT".
- b) Als zweites und als Folge des gestärkten Systems, ginge es um die Verbesserung des Marktzugangs durch wechselseitigen Austausch konkreter Konzessionen in Anwendung der multilate-

ral vereinbarten Regeln. Es ist dies die klassische **exekutive** Verhandlungsaufgabe, die wir "work in GATT" zu nennen pflegen.

- c) Schliesslich hat das GATT als Welthandelsgemeinschaft jene wirtschafts-, finanz- und währungspolitischen Bedingungen zu nennen, die erfüllt sein müssen, um ein gutes Funktionieren des Welthandelssystems zu gewährleisten. Gleichzeitig wären die Kooperationsmechanismen zwischen dem GATT und den Bretton Woods-Institutionen (u.a.m.) zu verbessern und zu intensivieren, um die handelspolitischen Ueberlegungen inhaltlich und institutionell enger in die internationale Wirtschaftszusammenarbeit zu integrieren. Dieses negoziatorische Tätigwerden gegenüber der "**Umwelt**" nennen wir "work as GATT".

Um den Weg zur Bewältigung dieser langfristigen Aufgaben freizulegen, sollten allerdings für gewisse unmittelbar akute Handelskonflikte (z.B. in den Bereichen Landwirtschaft, Textilien, Stahl etc.) möglichst unverzüglich interimistische Verständigungen gefunden werden, ohne dass damit aber die Gesamtergebnisse präjudiziert würden.

Im übrigen besteht Einigkeit darüber, dass mit dem Beginn der Verhandlungen von allen Teilnehmern eine Standstill-Verpflichtung eingegangen werden muss,

- wonach während der Runde keine Schutzmassnahmen zu ergreifen sind, welche GATT-fremd oder GATT-widrig sind,
- wonach von GATT-konformen Schutzmassnahmen nur mit grösster Zurückhaltung Gebrauch gemacht wird und
- wonach in Bereichen, die Gegenstand der Verhandlung sind, keine Massnahmen ergriffen werden, welche die nationale Negoziationsposition verbessern.

Was den sog. Rollback betrifft, d.h. den Abbau der GATT-fremden und GATT-widrigen Schutzmassnahmen, bzw. deren Rückführung in das GATT, so wird man sich darauf einigen, dass dieser spätestens mit dem Ende der Verhandlung zu bewerkstelligen ist, sei es einseitig, sei es in informeller gegenseitiger Konzentrierung, sei es als Ergebnis der Anpassung der Welthandelsregeln. Hierbei ist zu vermeiden, dass einerseits die Grauzonen-Massnahmen als Verhandlungsmasse in die Runde eingebracht werden, und andererseits, dass der Abbau dieser Massnahmen zur Voraussetzung des Verhandlungsbeginns gemacht wird. Letzteres deshalb, weil diese Massnahmen vielfach ergriffen worden sind, da das bestehende System den gegebenen Problemsituationen nicht zu begegnen vermochten. Diesem Missstand soll (und kann nur) der legislative Teil der Runde abhelfen.

3. Die Verhandlungsthemen

Nun einige Gedanken zu den konkreten "Verhandlungsthemen". Wer das Arbeitsprogramm der GATT-Ministerkonferenz von 1982 durchgeht, stösst auf "Sachgebiete" wie Landwirtschaft, Textilien, tropische Produkte, aber auch Dienstleistungen etc. Zahlreiche Verhandlungsthemen werden somit nach Produkten oder Produktgruppen definiert. Diese Methode war bisher nicht üblich. Die Verhandlungsthemen der Tokio-Runde z.B. wurden - mit wenigen Ausnahmen, etwa dem Uebereinkommen über den Freihandel mit zivilen Luftfahrzeugen - ausschliesslich nach handelspolitischen Massnahmekategorien ausgewählt (Zölle und nichttarifarierte Handelshindernisse, von den Subventionen bis zur Zollwertbemessung).

M.a.W. wurden bisher die Regeln generell aufgestellt, während die Ausnahmen und Derogationen produkte- oder sektorenweise Geltung hatten (Fernsehapparate, Automobile, Textilien, Stahl etc.). Einige der genannten Verhandlungsthemen stellen nun aber eine Art Spiegelbild solcher Restriktionen oder Ausnahmeregelungen dar: Der Agrarhandel ist in der Praxis seit jeher den

allgemeinen GATT-Regeln weitgehend entzogen geblieben; der Handel mit Textilprodukten bildet sogar Gegenstand eines vom GATT (zumindest formell) abweichenden eigenen Abkommens, dem Multifaserabkommen, etc. Die sektorielle Themenwahl liesse sich also mit der Aufhebung der bestehenden Abweichungen rechtfertigen. Doch ist nicht ohne weiteres damit zu rechnen, dass dies auf diese Weise gelingt. Dazu müssten nämlich die sektoriellen Probleme auf die grundsätzliche, normative Ebene eingebracht und dort in einem grösseren Zusammenhang gelöst werden. Eine rein sachbezogene Behandlung enthielte dagegen den Keim für eine im Prinzip höchst unerwünschte Aufsplitterung der Welthandelsordnung. Eine produktebezogene Verhandlung im normativen Bereich hat jedenfalls nicht die gleiche Bedeutung, die sie früher in Verhandlungen exekutiver Natur (z.B. bezüglich Zollabbau) hatte.

Immerhin muss auffallen, dass als "Problemsektoren" (z.B. Landwirtschaft, tropische Produkte, Textil, Stahl etc.) immer wieder besonders "rohstoffnahe" Wirtschaftszweige in Erscheinung treten. Es könnte also mit der Zeit doch gelegentlich die Frage aufkommen, ob hier nicht ein allgemeines Problem besteht, d.h., ob die generellen Handelsregeln die spezifische Situation solcher Gebiete tatsächlich adäquat erfassen.

Ein eigentlicher Stein des Anstosses bilden bekanntlich die "Dienstleistungen". Dieses "Sachgebiet" ist mit den eben erwähnten jedoch nicht vergleichbar, da es einen vom GATT bisher höchstens marginal oder überhaupt nicht erfassten Bereich darstellt. Obwohl niemand die Notwendigkeit einer Regelung dieses bisher multilateral kaum geordneten Bereiches wirklich bestreitet, sträuben sich verschiedene Entwicklungsländer gegen dessen Aufnahme in die bevorstehenden Verhandlungen. Doch scheint diese Weigerung zu einem guten Teil auf Missverständnissen sowie auf allzu vagen Vorstellungen zu beruhen. Es ist noch nicht vor auszusehen, ob die Dienstleistungen gesamthaft (horizontal) oder branchenweise (vertikal) behandelt und ob sie durch eine Ausdehnung der GATT-Regeln oder in einem Vertragswerk *sui generis* geordnet werden sollen. Unklar ist dementsprechend auch

die Natur der nötigen und möglichen "Konzessionen". Doch dürfte die von den Entwicklungsländern wohl besonders gefürchtete Marktöffnung nicht zur Diskussion stehen, solange dafür keine entsprechenden Regeln vereinbart worden sind (wie dies ja auch im herkömmlichen Waren-GATT geschah). Hier liegt denn auch der schweizerische Ansatzpunkt: Schaffung eines Abkommens, das die Verpflichtungen festhält, die befolgt werden müssen, falls man im Dienstleistungsbereich Konzessionen gewährt. Im Vordergrund stünde ein multilaterales evtl. konditionelles Nicht-Diskriminierungsprinzip. Dies schliesst eine Ueberprüfung der branchenmässigen Erfolgsaussichten einer legislativen und/oder konzessionsgewährenden Angehensweise nicht aus. Im übrigen bleiben unklar die Möglichkeit und Wünschbarkeit eines Austausch von Konzessionen (trade off) auf "Waren" gegen solche auf "Dienstleistungen". Fest steht lediglich - jedenfalls für die meisten Länder, darunter auch für die Schweiz -, dass eine Regelung der Dienstleistungen einem Bedürfnis entspricht, und zwar gleich aus mehreren Gründen: Einmal erweist es sich nachgerade als dringend, dafür zu sorgen, dass sich einzelne Länder das Fehlen jeglicher multilateraler Ordnung nicht zunutze machen, um sich die Dienstleistungsmärkte zum Nachsehen anderer Anbieter einfach anzueignen. Sodann sollte natürlich auch umgekehrt verhindert werden, dass der Handel mit Dienstleistungen zum Nährboden einer neuen Generation wilder protektionistischer Massnahmen wird. Dies wäre nämlich bedenklich nicht nur in Anbetracht der wachsenden Bedeutung des tertiären Sektors in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen, sondern auch, weil damit der zunehmend mit Dienstleistungen verknüpfte Warenhandel indirekt unterbunden werden könnte. Gerade aus dieser Ueberlegung erscheint es wichtig, dass eine künftige Regelung des Dienstleistungshandels mit der GATT-Ordnung kompatibel ausfällt. Obwohl auch wir bezüglich Form und Inhalt solcher Bestimmungen noch ausdrücklich offen sind, haben wir uns dennoch bereits deutlich für die Aufnahme der Dienstleistungen als gesondertes Thema in den "legislativen" Teil der bevorstehenden Verhandlungen ausgesprochen.

Offensichtlich auf die "legislative" Verhandlungsebene gehören auch die nach Massnahmenarten ausgesonderten Themengruppen: so insbesondere immer wieder die Frage der Schutzklausel, ferner die verschiedenen nichttarifarisches Handelshemmnisse (allen voran das Subventionsproblem) und unter Umständen die Hemmnisse im Handel mit Hochtechnologie-Waren. Diese "legislativen" Verhandlungsthemen bieten einen geeigneten Einstieg in die erforderliche "Anpassung" der Ordnung an neue Umweltverhältnisse. Doch selbst unter diesen Voraussetzungen kann die angemessene Behandlung dieser Fragen nicht im voraus als gesichert gelten. So besteht heute z.B. vielfach die Tendenz, die Lösung solcher Probleme einfach in einer erhöhten "Disziplin" zu suchen. Dieses an sich legitime Bestreben beschränkt sich aber nicht selten darauf, bestimmte Massnahmenformen zu disqualifizieren, und bleibt damit gerne an der Peripherie der Problematik, d.h. in einer Art Massnahmenphänomenologie, stecken. Um die wirklich geeigneten und kohärenten, aufeinander abgestimmten Instrumente einzusetzen und damit zugleich auch die tatsächlichen Situationen abzudecken, müsste von einigen konstanten und gemeinsamen Grundvorstellungen ausgegangen werden können. So wäre insbesondere zu beachten, dass anhand klarer völkerrechtlicher Grundsätze künftig Regeln nicht undifferenziert bald die formellen Beziehungen zwischen den Partnerländern (d.h. die Anwendung bestimmter Massnahmen), bald "Auswirkungen" (d.h. den von diesen Massnahmen verursachten Schaden) ordnen. Auch wäre möglicherweise die gesuchte Disziplin eher zu erreichen, wenn sie darauf ausginge, das Verhalten der Partner durch Gebote sozusagen einzurahmen und zu lenken, statt durch Verbote den Regierungen in Notlagen beinahe jegliche Aktionsmöglichkeit zu nehmen und sie damit geradezu zum Ausbruch aus dem System zu zwingen.

4. Das bisherige Geschehen

Das an der Ministerkonferenz von 1982 verabschiedete Arbeitsprogramm stellt, was vielen damals nicht bewusst gewesen ist, eigentlich einen Verhandlungsauftrag dar. Dies deshalb, weil

die in diesem Dokument niedergelegten Ziele interdependent und nur im Rahmen von "Paket-Konzessionen" zu erreichen sind und zugleich einer Stärkung der Fundamente und Rahmenbedingungen bedürfen, um standfest zu sein. Allein der Uebergang zu den eigentlichen Verhandlungen erheischte ein umständliches und mehrstufiges Vorgehen, weil verschiedene Themen für je verschiedene Länder aus Nord und Süd tabu waren, weil einzelne Regierungen nur an einzelnen Dossiers, statt an der Globalität der Angehensweise Interesse zeigten, weil die Entwicklungsländer von den Industriestaaten Vorleistungen und Zusicherungen verlangten sowie neuen Verhandlungsgegenständen skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden und schliesslich weil die zahlreichen Handelskonflikte zwischen den "Grossen", deren Rechtsverletzungen sowie die handelspolitische Unverlässlichkeit des amerikanischen Kongresses die Glaubwürdigkeit der Verhandlungen in Frage stellten.

An einer Sondersession vom 30. September bis 2. Oktober 1985 beschlossen die VERTRAGSPARTEIEN schliesslich, den Vorbereitungsprozess für eine neue Verhandlungsrunde einzuleiten, der denn auch mit ad hoc-Gesprächen unter hohen Beamten den Anfang nahm. Die VERTRAGSPARTEIEN setzten sodann an ihrer 41. ordentlichen Session vom November 1985 einen Vorbereitenden Ausschuss (Prepcom) ein, der die Ziele, Themen und Modalitäten neuer Handelsverhandlungen zu erörtern und bis zum Sommer 1986 den Entwurf einer Grundsatzklärung zuhanden der Minister auszuarbeiten hatte. Dieser Ausschuss wurde vom Generaldirektor des GATT, Arthur Dunkel, präsiert.

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse der informellen Ministertreffen von Rio, Stockholm und Seoul und unterstützt durch unser Engagement im OECD-Handelsausschuss, lösten wir schweizerischerseits als erstes eine breitangelegte Reihe bilateraler Konsultationen aus, wobei wir das Schwergewicht auf die gemässigten Entwicklungsländer sowie auf die Wortführer aus Nord und Süd legten. Es ging darum, durch differenziertes Angehen den erstern unsere Interessengemeinschaft aufzuzeigen und ihnen die Bedenken gegenüber den Verhandlungen zu nehmen, und bei den

letztern deren Verantwortung für das multilaterale System und den Sinn für ein subtileres Vorgehen zu schärfen. Zu diesem Zweck wurden auch Konsultationen in den Hauptstädten geführt, so u.a. in Brasilia, Neu Delhi, Washington, Ottawa, Brüssel, Paris und Tokio.

Als zweites ging es darum, um die Schweiz. Delegation bei der EFTA und beim GATT in Genf einen Kern gleichgesinnter Delegationen zu scharen. Statt zu warten, bis sich - zum Beispiel - ein amerikanischer und ein brasilianisch/indischer Text polariert gegenüberstünden, den es alsdann zu vermitteln gälte, hat die Delegation im engen Einvernehmen mit dem BAWI die Initiative an sich gerissen und einen Textentwurf erarbeitet, dem sich mit Hilfe einiger Anpassungen zunächst die andern EFTA-Staaten und alsdann Kanada, Australien und Neuseeland anschlossen. Die Bildung dieser Neuner-Gruppe stellte einen ersten Durchbruch dar. Dass sich Staaten mit z.T. so verschiedenen Interessen wie Australien und die Schweiz auf eine gemeinsame Initiative einigen konnten, war ein Signal dafür, dass hier Delegationen am Werk waren, denen das Allgemeinwohl - nämlich das System - wesentlicher war als das Verfolgen von Einzelinteressen.

In einem dritten Schritt ist es alsdann gelungen, eine Gruppe von 20 - 30 gemässigten Entwicklungsländern, die zu "Geiseln" Brasiliens und Indiens zu werden drohten, um das Papier zu scharen, ebenso Polen und Ungarn. Damit ergab sich auch die Notwendigkeit und Chance, ihm ein Doppelpatronat (Schweiz/Kolumbien) und damit auch eine Doppelpräsidentschaft (Botschafter Girard/Botschafter Jaramillo, einer der wichtigsten Sprecher der Dritten Welt in Genf) zu verleihen. Die weitere Ausarbeitung erfolgte in abenteuerlichen Marathon-Sitzungen im EFTA(!)-Gebäude, während denen unter Aufbrechung der Nord/Süd-Polarität eine Interessenskomplizität der mittleren und kleinen Vertragsparteien in Bezug auf die Notwendigkeit eines rechtlich soliden multilateralen Systems und auf die Wünschbarkeit des Zugangs zum Markt der drei "Grossen" (USA, EG und Japan) geschaffen werden konnte. Erstmals in der Geschichte des GATT haben damit

die mittleren und kleinen Vertragsparteien als "Lokomotive" zur Lancierung einer Neuen Runde gewirkt, was der Schweiz als Initiator für die Zukunft eine wesentliche Verantwortung verleiht.

In einem vierten Schritt wurden die drei "Grossen" zunächst konsultiert und von jenem Moment an assoziiert, als klargeworden war, dass Brasilien und Indien, zusammen mit acht anderen Entwicklungsländern die Isolation vorzogen. Letztere produzierten ihr eigenes Papier (W/41), das sich auf die künftigen Verpflichtungen der Industriestaaten und auf den Ausschluss neuer Gebiete beschränkt. Argentinien legte ein als Vermittlung gedachtes Dokument (W/49) vor, das vorderhand jedoch nur wenig Chance hat, negotiatorische Bedeutung zu erlangen.

Wir haben uns stets dagegen gestemmt, Brasilien und Indien "fallenzulassen". Um dies zu verhindern, hat der zuständige Delegierte für Handelsverträge eigens in Brasilia und Delhi vorgesprochen; doch hatten sich die Genfer Vertreter der beiden Staaten in derartige Prestigepositionen manoeviert, dass auf ihrem Niveau ein Nachgeben ohne Gesichtsverlust nicht mehr möglich war. Die Differenz muss somit auf politischer Ebene in Punta del Este geregelt werden.

Abgesehen davon, ist die Rechnung auch in einem anderen Punkt nicht ganz aufgegangen. Denn im letzten Moment hat sich (im Unterschied zu den USA und Japan) die EG vom schweizerisch/kolumbianischen Dokument (W/47 Rev. 2) auf französisches Betreiben distanzieren müssen, da die Agrar-Exportsubventionen, d.h. die EG-Restitutionen, ungenannt bleiben, statt expressis verbis von den Verhandlungen ausgeschlossen zu werden. Damit wurde auch die australische Zustimmung relativiert, da Canberra die Agrar-Exportsubventionen ausdrücklich als Verhandlungsgegenstand genannt haben wollte.

Die französische Haltung zeichnet sich, einmal mehr, durch eine GATT-politische Unverantwortlichkeit aus, sowie durch eine Unfähigkeit, günstige Konstellationen konstruktiv zu nutzen,

statt in perfektionistischer Aengstlichkeit zu blockieren. Denn hätte das schweizerisch/kolumbianische Papier auch die Unterstützung der EG gefunden, wäre die brasilianisch/indische Opposition zu brechen gewesen. Frankreich verringerte damit auch die Glaubwürdigkeit der Gemeinschaft, als Vermittler zwischen den Entwicklungsländern und den Industriestaaten zu wirken.

So reisen wir mit einer verhandlungsgeschwächten EG und mit entsprechend aufgebrochenen Fronten nach Punta del Este. Es ist nicht ausgeschlossen, dass das Manoever für Frankreich gar ein Vorwand ist, die Runde überhaupt in Frage zu stellen.

Umgekehrt ist aber auch denkbar, dass Brasilien und Indien das französische Störmanoever dazu benützen, um diskret zum Gros zu stossen, worauf es dann der EG kaum mehr möglich sein würde, einen Konsens zu verhindern. Eine multilaterale Verhandlung gleicht nicht selten einem Schwarzpeter-Spiel... So oder anders bleibt das von 42 Vertragsparteien getragene schweizerisch/kolumbianische Papier **die** Arbeitsgrundlage, die den Ministern in Punta del Este unterbreitet werden wird.

Den Verfassern dieses Dokuments (W/47 Rev. 2) ging es darum, ein umfassendes Verhandlungspaket zu schnüren, welches die Interessen möglichst aller Vertragsparteien wahrnimmt. Einleitend werden die Ziele der Neuen Runde umschrieben, die sich an unseren Vorschlag einer Verhandlungstrilogie anlehnen. Der folgende Abschnitt beinhaltet die Standstill-Verpflichtung, eine Rollback-Klausel sowie ein Zugeständnis der Industrieländer an die Entwicklungsländer, nicht auf der vollen Reziprozität von Konzessionen zu beharren, und eine Aufforderung an die Drittweltländer, eine angemessene Oeffnung ihrer Märkte anzustreben. Das nächste Kapitel ist den Verhandlungsthemen gewidmet, die der Trilogie entsprechend unterteilt sind. Im ersten, exekutiven Korb sind die Zollltarife und nichttarifarischen Handelschranken aufgeführt. Der zweite legislative Korb erfasst traditionelle GATT-Themen (Schutzklausel, Streitschlichtung, revisionsbedürftige GATT-Artikel, Codices, Subventionen, Landwirtschaft, Textilien, tropische Produkte, den Handel mit Naturer-

zeugnissen und Spitzentechnologie), aber auch die neuen Bereiche (Dienstleistungen, handelsrelevante Investitionsvorschriften und Handel mit gefälschten Waren). Unter dem Titel "Funktion des GATT-Systems" wird schliesslich der dritte Korb erwähnt, der die Verbindung des GATT mit der Weltwirtschaftsordnung schlechthin behandelt. Abschliessend erörtert der schweizerisch/kolumbianische Entwurf die Frage der Beteiligung an den Verhandlungen; zudem werden die erforderlichen organisatorischen Massnahmen für die Durchführung dieser Welthandelsrunde umschrieben.

5. Schlussfolgerung

In sachlicher wie in faktischer Hinsicht ist die Ausgangslage der neuen Verhandlungen somit wenig erfreulich und komplex. Wir glauben aber, dass es nichts bringt, sich einfach resigniert zu beklagen. Sich dafür blind zu stellen und sich nostalgisch an Relikte vergangener Errungenschaften zu klammern, wäre nicht weniger unproduktiv. Den Zusammenbruch des Systems abzuwarten, um dann vielleicht neu aufbauen zu können, wäre erst recht eine in ihrem Zynismus unakzeptable Haltung. Wir lehnen solche verantwortungslose Einstellungen ab, denn wir sind davon überzeugt, dass sich die heutige Lage sanieren lässt. Diese Zuversicht leiten wir alleine schon aus der Bereitschaft der meisten Länder zu neuen Verhandlungen ab, deren Dringlichkeit und Bedeutung fast überall empfunden wird. So bestehen u.E. reelle Aussichten dafür, dass sich eine wirtschaftliche oder gar politische Krise vermeiden lässt, sofern wir das, was man eine Systemkrise nennen könnte, rechtzeitig überwinden. Diese Systemkrise besteht im Grunde darin, dass wir von einer herkömmlichen, obsolet gewordenen Ordnung zu einem neuen System übergehen müssen - sofern, wie dies die Schweiz mit Entschiedenheit voraussetzt, die internationalen Wirtschaftsbeziehungen tatsächlich auch weiterhin und in vermehrtem Masse einer gemeinsamen **multilateralen** Ordnung auf völkerrechtlicher Grundlage folgen sollen. Die Ueberwindung dieser Krise ist ihrem Wesen nach zunächst ein wirtschaftliches und politisches

Gebot, daneben aber auch geradezu eine konzeptuelle Aufgabe von weltweiter Bedeutung. Vor dem Umfang und der Zielsetzung der so verstandenen Verhandlungen schrecken begreiflicherweise manche Länder zurück. Und in der Tat sind die damit verbundenen Risiken nicht von der Hand zu weisen. Der Ausgang einer Verhandlung lässt sich ohnehin nicht voraussagen. Wenn die Ordnung selbst zum Verhandlungsgegenstand wird und zudem eine gesicherte gemeinsame Doktrin fehlt, ist der Ausgang erst recht ungewiss. Trotz Risiko sind die in Aussicht genommenen Verhandlungen aber unumgänglich, denn ohne sie werden die Ueberreste der herkömmlichen Ordnung mit Sicherheit über kurz oder lang einem entfeselten Protektionismus, Bilateralismus und Sektorialismus Platz machen. Aufgabe der Konferenz von Punta del Este ist es, den Beginn dieser Verhandlungen auszulösen. Deren Ziel besteht nach schweizerischer Sicht darin, das Welthandelssystem den Erfordernissen der Zukunft anzupassen.

6. Delegation

Die Konferenz stellt rechtlich eine Session der GATT-VERTRAGSPARTEIEN dar. Da sie auf Ministerebene stattfindet, hat die Schweiz. Delegation von einem Mitglied der Landesregierung, d.h. vom Unterzeichneten, geleitet zu werden. Dieser wird vermutlich nicht während der gesamten Dauer (Vorkonferenz 13. - 14.9./ Hauptkonferenz 15. - 20.9.86) anwesend sein, weshalb er sich auf Stufe Staatssekretär muss vertreten lassen können. Ferner ist zu erwarten, dass die sog. "hohen Beamten", d.h. die welthandelspolitischen Chefbeamten, wie in der Vergangenheit, auf ihrem Niveau Verhandlungen über die Gesamtheit des Textes führen werden, was schweizerischerseits die Teilnahme des zuständigen Delegierten für Handelsverträge erfordert. Was schliesslich die noch offenen Themen betrifft, so ist vorgesehen, dass diese in parallel tagenden Einzelgruppen bereinigt werden. Es ist deshalb angebracht, für diese Untergruppen jene Beamten nach Punta del Este zu entsenden, welche in den bisherigen Verhandlungen schon mitgewirkt haben und somit "die Geschichte jedes Wortes" kennen. Die vorgeschlagene Delegation

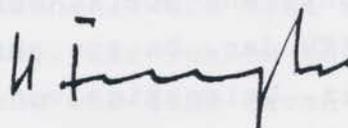
mag zunächst umfänglich erscheinen, doch ist sie vergleichsweise (Oesterreich: 12, Japan: 90, USA: 120) bescheiden und angesichts der von der Schweiz in dieser Sache bisher innegehaltenen Führungsstellung und besonderen Verantwortung durchwegs vertretbar.

7. Vorkonsultation

Das EDA und das EFD sind im kleinen Mitberichtsverfahren konsultiert worden und haben sich mit diesem Antrag mit Ausnahme der Zusammensetzung der Delegation einverstanden erklärt.

Wir beantragen Ihnen, dem beiliegenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

EIDG. VOLKSWIRTSCHAFTS-
DEPARTEMENT



Beilagen: - Entwurf des Beschlussesdispositives
- Pressemitteilung D/F/I
- Schweiz./kolumbianischer Erklärungsentwurf

Zum Mitbericht an: EDA (PD, DV, FWD)
EFD (EFV, OZD)

Protokollauszug an: EDA
EFD
EVD (zum Vollzug)

GATT-Ministerkonferenz, Punta del Este (Uruguay)
15. - 20. September 1986

Aufgrund des Antrags des EVD vom 27. August 1986

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

b e s c h l o s s e n :

1. Von der in vorliegendem Dokument dargelegten Absicht in Bezug auf die Neue GATT-Runde wird als Richtlinie für die Schweiz. Delegation an der Konferenz von Punta del Este in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.
2. Die schweiz. Delegation steht unter der Leitung von Bundesrat K. Furgler, Vorsteher des EVD. Ihr gehören ferner an:
 - Staatssekretär C. Sommaruga, Direktor des BAWI, als stellvertretender Delegationschef
 - Botschafter F. Blankart, Delegierter des Bundesrates für Handelsverträge
 - Botschafter P.-L. Girard, Chef der Schweiz. Delegation bei der EFTA und beim GATT
 - Dr. B. Eberhard, Chef des Dienstes für Welthandelsfragen/GATT
 - Dr. L. Wasescha, stellvertretender Chef der Schweiz. Delegation bei der EFTA und beim GATT
 - Chr. Kauter, Dienst für Welthandelsfragen/GATT
3. Die Taggelder sind nach Absprache mit dem Eidg. Personalamt festzulegen.
4. Der schweizerische Botschafter in Uruguay, J.-P. Keusch, nimmt ex officio an der Konferenz teil.

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

ACCORD GENERAL SUR LES TARIFS DOUANIERS ET LE COMMERCE

RESTRICTED

PREP.COM(86)W/47/Rev.2

30 juillet 1986

Distribution spéciale

Comité préparatoire

Original: anglais

PROJET DE DECLARATION MINISTERIELLE

Revision

Les délégations de la Colombie et de la Suisse ont fait parvenir au secrétariat la communication suivante en date du 30 juillet 1986, en demandant qu'elle soit distribuée à tous les membres du Comité préparatoire.

Comme suite à nos lettres en date des 17 et 28 juillet, nous vous saurions gré de bien vouloir distribuer le document ci-joint sous la cote PREP.COM(86)W/47/Rev.2. Ce document marque l'aboutissement de consultations intensives entre un grand nombre de participants au Comité préparatoire. Nous pensons qu'il bénéficie d'un large soutien en tant que base de discussion pour les Ministres à Punta del Este. Nous vous prions de bien vouloir le transmettre aux Ministres à ce titre.

PROJET DE DECLARATION MINISTERIELLE

Les PARTIES CONTRACTANTES, réunies à l'échelon ministériel,

RESOLUES à arrêter et à repousser le protectionnisme ainsi qu'à éliminer les distorsions des échanges

RESOLUES également à préserver les principes fondamentaux et à promouvoir les objectifs de l'Accord général

RESOLUES en outre à établir un système commercial multilatéral plus ouvert, plus viable et plus durable

CONVAINCUES qu'une telle action favoriserait la croissance et le développement

DECIDENT d'engager des négociations commerciales multilatérales (NCM) dans le cadre et sous les auspices de l'Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce et de les mener à bonne fin dans un délai de quatre ans.

I. OBJECTIFS

Les négociations auront pour objectifs:

- a) d'assurer une libéralisation accrue et une expansion du commerce mondial au bénéfice de tous les pays, en particulier des parties contractantes peu développées, et notamment une amélioration de l'accès aux marchés par la réduction et la suppression des droits de douane, des restrictions quantitatives et autres mesures et obstacles non tarifaires;
- b) de renforcer le rôle du GATT, d'améliorer le système commercial multilatéral fondé sur les principes et les règles du GATT et de soumettre une part plus grande des échanges commerciaux mondiaux à des disciplines multilatérales convenues, efficaces et ayant force exécutoire;
- c) d'accroître la capacité du système du GATT de s'adapter à l'évolution de l'environnement économique international, notamment en facilitant les ajustements de structure nécessaires, en développant les relations du GATT avec les organisations internationales compétentes, et en tenant compte des changements des structures et des perspectives commerciales, des graves difficultés que connaissent les marchés des produits de base, de l'importance d'une amélioration de l'environnement commercial qui permette notamment aux pays endettés de s'acquitter de leurs obligations financières, et de la nécessité d'entreprendre une action complémentaire et efficace dans les domaines interdépendants de la monnaie, des finances et du commerce.

II. PRINCIPES GENERAUX REGISSANT LES NEGOCIATIONS

- a) Les négociations seront menées d'une manière transparente et compatible avec les objectifs et les engagements convenus dans la présente Déclaration ainsi qu'avec les principes de l'Accord général afin d'assurer l'avantage mutuel de tous les participants et de leur apporter des bénéfices accrus.
- b) Le lancement et la conduite des négociations, ainsi que la mise en oeuvre de leurs résultats, seront considérés comme les éléments d'un tout. Néanmoins, les accords conclus dans les premières phases des négociations pourront être mis en oeuvre à titre provisoire ou définitif s'il en est ainsi convenu avant la conclusion officielle des négociations. Ces accords seront pris en compte dans l'établissement du bilan global des négociations.
- c) Il faudrait s'efforcer d'équilibrer les concessions dans les limites des vastes secteurs d'échanges et des domaines sur lesquels porteront les négociations, afin d'éviter des exigences globales excessives.
- d) Les PARTIES CONTRACTANTES conviennent que le principe d'un traitement différencié et plus favorable énoncé dans la Partie IV et dans d'autres dispositions pertinentes de l'Accord général ainsi que dans la Décision des PARTIES CONTRACTANTES du 28 novembre 1979 concernant le traitement différencié et plus favorable, la réciprocité et la participation plus complète des pays en voie de développement, s'applique aux négociations. Dans la mise en oeuvre du statu quo et du démantèlement, il faudrait s'efforcer tout particulièrement d'éviter de désorganiser le commerce des parties contractantes peu développées.
- e) Les pays développés n'attendent pas de réciprocité pour les engagements, pris par eux au cours de négociations commerciales, de réduire ou d'éliminer les droits de douane et autres obstacles au commerce des pays en voie de développement, c'est-à-dire que les pays développés n'attendent pas des pays en voie de développement qu'ils apportent, au cours de négociations commerciales, des contributions incompatibles avec les besoins du développement, des finances et du commerce de chacun de ces pays. Les parties contractantes développées ne chercheront donc pas à obtenir, et les parties contractantes peu développées ne seront pas tenues d'accorder, des concessions incompatibles avec les besoins du développement, des finances et du commerce de ces dernières.
- f) Les parties contractantes peu développées s'attendent que leur capacité d'apporter des contributions ou d'accorder des concessions négociées ou d'entreprendre toute autre action mutuellement convenue dans le cadre des dispositions et des procédures de l'Accord général s'améliore avec le développement progressif de leurs économies et

l'amélioration de leur situation commerciale, et elles s'attendraient, en conséquence, à prendre plus pleinement leur part dans l'ensemble des droits et obligations découlant de l'Accord général.

- g) Une attention spéciale sera accordée à la situation et aux problèmes particuliers des pays les moins avancés ainsi qu'à la nécessité d'encourager les mesures positives visant à faciliter l'expansion de leurs possibilités commerciales. Une attention appropriée sera également accordée à la mise en oeuvre rapide des dispositions pertinentes de la Déclaration ministérielle de 1982 concernant ces pays.

III. STATU QUO ET DEMANTELEMENT

Avec effet immédiat et jusqu'à la conclusion officielle des négociations, chaque participant convient d'appliquer les engagements ci-après:

Statu quo

- a) ne prendre aucune mesure restreignant ou faussant les échanges qui soit incompatible avec les dispositions de l'Accord général ou des Instruments négociés dans le cadre du GATT ou sous ses auspices;
- b) dans l'exercice légitime des droits qui découlent pour lui de l'Accord général, ne prendre aucune mesure restreignant ou faussant les échanges qui aille au-delà de ce qui est nécessaire pour remédier à des situations spécifiques, conformément à ce qui est prévu dans l'Accord général et dans les Instruments visés à l'alinéa a) ci-dessus;
- c) ne prendre aucune mesure commerciale d'une façon qui lui permette d'améliorer sa position de négociateur.

Démantèlement

- a) toutes les mesures restreignant ou faussant les échanges qui sont incompatibles avec les dispositions de l'Accord général ou des Instruments négociés dans le cadre du GATT ou sous ses auspices seront progressivement éliminées ou rendues conformes auxdites dispositions, selon un calendrier convenu, au plus tard pour la date de la conclusion officielle des négociations, compte tenu des accords, engagements et arrangements multilatéraux, y compris des règles et disciplines renforcées, acceptés conformément aux objectifs des négociations;
- b) le présent engagement sera mis en oeuvre progressivement, sur une base équitable convenue au cours de consultations entre les participants concernés, y compris tous les participants dont les intérêts sont touchés; il tiendra compte des préoccupations exprimées par tout participant au sujet des mesures qui touchent directement ses intérêts commerciaux;
- c) aucune concession dans le cadre du GATT ne sera demandée en échange de l'élimination de ces mesures.

Surveillance du statu quo et du démantèlement

Chaque participant convient que l'exécution de ces engagements de statu quo et de démantèlement fera l'objet d'une surveillance multilatérale afin d'en assurer le respect. Le Comité des négociations commerciales décidera du mécanisme approprié pour exercer cette surveillance, qui comprendra des examens et des évaluations périodiques. Tout participant pourra signaler à l'attention du mécanisme de surveillance approprié les actions ou omissions qui, à son avis, ont un rapport avec l'exécution de ces engagements. Ces notifications devraient être adressées au secrétariat du GATT, qui pourra également fournir d'autres renseignements utiles.

IV. THEMES DES NEGOCIATIONS

Droits de douane

Les négociations viseront, par des méthodes appropriées, à réduire ou, le cas échéant, à supprimer les droits de douane, notamment les droits élevés et la progressivité des droits. L'élargissement du champ des concessions tarifaires entre tous les participants sera un objectif important.

Mesures non tarifaires

Les négociations viseront à réduire ou à éliminer les mesures non tarifaires, notamment les restrictions quantitatives, sans préjudice de toute mesure à prendre en application des engagements de démantèlement.

Produits tropicaux

Les négociations viseront la libéralisation la plus complète du commerce des produits tropicaux, y compris le commerce de ces produits à l'état transformé et semi-transformé, et porteront sur les mesures tarifaires aussi bien que sur toutes les mesures non tarifaires affectant le commerce de ces produits.

Les PARTIES CONTRACTANTES reconnaissent l'importance que présente le commerce des produits tropicaux pour un grand nombre de parties contractantes peu développées et conviennent qu'une attention spéciale devra être accordée aux négociations dans ce domaine, notamment au calendrier des négociations et à la mise en oeuvre des résultats ainsi qu'il est prévu à la partie II, alinéa b).

Produits provenant des ressources naturelles

Les négociations viseront à réaliser la libéralisation la plus complète du commerce des produits provenant des ressources naturelles, y compris le commerce de ces produits à l'état transformé et semi-transformé. Les négociations viseront à réduire ou à éliminer les mesures tarifaires et non tarifaires, y compris la progressivité des droits.

[Produits de haute technologie

Les négociations viseront à réduire ou à éliminer les obstacles tarifaires et non tarifaires au commerce des produits de haute technologie.]

Textiles et vêtements

[Les négociations dans le domaine des textiles et des vêtements viseront à définir des modalités qui permettraient d'intégrer finalement ce secteur dans le cadre du GATT sur la base de règles et disciplines du GATT renforcées, ce qui contribuerait aussi à la réalisation de l'objectif de libéralisation accrue du commerce.]

Agriculture

Les PARTIES CONTRACTANTES conviennent qu'il faut d'urgence renforcer la discipline et améliorer la prévisibilité dans les échanges mondiaux de produits agricoles en corrigeant et en prévenant les restrictions et les distorsions, y compris celles qui sont liées aux excédents structurels, de façon à réduire l'incertitude, les déséquilibres et l'instabilité qui règnent sur les marchés agricoles mondiaux.

Les négociations viseront à libéraliser davantage le commerce des produits agricoles et à assujettir toutes les mesures touchant l'accès ouvert aux importations et la concurrence à l'exportation à des règles et disciplines du GATT qui seront renforcées et rendues plus efficaces dans la pratique:

- i) par l'amélioration de l'accès aux marchés, au moyen notamment de la réduction des obstacles aux importations;
- ii) par l'amélioration de l'environnement compétitif grâce à un accroissement de la discipline concernant l'utilisation de toutes les subventions touchant le commerce des produits agricoles, ce qui comportera un examen des possibilités de réduire progressivement, dans un délai convenu, les effets négatifs de la concurrence directe et indirecte exercée sur les marchés mondiaux au moyen des subventions;
- iii) par la réduction au minimum des effets défavorables que les réglementations et obstacles sanitaires et phytosanitaires peuvent avoir sur le commerce des produits agricoles, en tenant compte des accords internationaux applicables en l'espèce.

Afin de réaliser les objectifs susmentionnés, le Groupe de négociation traitant de tous les aspects de l'agriculture utilisera les Recommandations que les PARTIES CONTRACTANTES ont adoptées à leur quarantième session et qui ont été élaborées conformément au programme du GATT établi par les Ministres en 1982 et il tiendra compte des approches suggérées dans le cadre des travaux du Comité du commerce des produits agricoles, sans préjudice des autres options qui pourraient permettre de réaliser les objectifs des négociations.

Articles de l'Accord général

Les participants examineront les articles, dispositions et disciplines actuels de l'Accord général en fonction des demandes des parties contractantes intéressées et, s'il y a lieu, engageront des négociations.

Sauvegardes

- i) Un accord portant sur tous les aspects de la question est particulièrement important pour le renforcement du système du GATT et l'avancement des NCM.
- ii) L'accord sur les sauvegardes:
 - sera fondé sur les principes de base de l'Accord général;
 - contiendra, entre autres, les éléments ci-après: transparence, champ d'application, critères objectifs d'action, parmi lesquels le concept du préjudice grave ou de la menace de préjudice grave, caractère temporaire, dégressivité et ajustement des structures, compensation et rétorsion, notifications, consultations, surveillance multilatérale et règlement des différends; et
 - précisera et renforcera les disciplines de l'Accord général et devrait s'appliquer à toutes les parties contractantes.

Accords et arrangements issus des NCM

Les négociations viseront à améliorer, éclaircir ou élargir, selon le cas, les accords et arrangements négociés dans le cadre des négociations multilatérales du Tokyo Round.

Subventions et mesures compensatoires

Les négociations sur les subventions et mesures compensatoires seront fondées sur un examen des articles VI et XVI de l'Accord général et de l'accord relatif aux subventions et mesures compensatoires issu des NCM et auront pour but d'améliorer les disciplines du GATT concernant toutes les subventions et mesures compensatoires qui affectent le commerce international. Un groupe de négociation sera établi pour traiter ces questions.

Règlement des différends

En vue d'assurer un règlement prompt et efficace des différends à l'avantage de toutes les parties contractantes, les négociations viseront à améliorer et à renforcer les règles et procédures de règlement des différends et reconnaîtront en même temps la contribution qu'apporteraient des règles et disciplines du GATT rendues plus efficaces et ayant force exécutoire. Les négociations comprendront l'établissement de dispositifs de surveillance et de contrôle de ces procédures propres à faciliter le respect des recommandations adoptées.

[Aspects des droits de propriété intellectuelle qui touchent au commerce, y compris le commerce des marchandises de contrefaçon]

Afin de réduire les distorsions et les obstacles qui résultent pour le commerce international de l'absence d'une protection suffisante et effective des droits de propriété intellectuelle, les négociations viseront:

- à favoriser une application plus efficace et généralisée des normes internationales existant en matière de propriété intellectuelle;
- à faire en sorte que les mesures et procédures visant à faire appliquer les droits de propriété intellectuelle ne deviennent pas elles-mêmes des obstacles au commerce légitime; et
- à éclaircir et affiner les règles et disciplines qui concernent ces questions.

Les négociations viseront à établir un cadre multilatéral de principes, de règles et de disciplines relatives au commerce international des marchandises de contrefaçon, compte tenu des travaux déjà entrepris au GATT.

Ces négociations se dérouleront sans préjudice d'autres initiatives complémentaires qui pourraient être prises dans le cadre de l'Organisation mondiale de la propriété intellectuelle et ailleurs pour traiter ces questions.]

[Services]

Les négociations dans ce domaine viseront à établir un cadre multilatéral de principes et de règles pour le commerce des services, en vue d'accroître la transparence et de libéraliser les échanges, compte tenu des problèmes de croissance et de développement des pays en voie de développement.

Les négociations viseront également à élaborer des disciplines possibles pour divers secteurs de services, compte tenu à la fois des objectifs généraux des lois et réglementations nationales et internationales qui s'appliquent aux services et des travaux des autres organisations internationales compétentes.

Lorsque le cadre susmentionné de principes et de règles aura été établi, les PARTIES CONTRACTANTES prendront une décision au sujet de son incorporation dans le système du GATT.]

[[Mesures concernant les investissements liées au commerce]
[Aspects de l'investissement étranger direct liés au commerce]

Au cours des négociations, il faudrait examiner l'adéquation des règles actuelles du GATT qui se rapportent aux effets de restriction et de distorsion des échanges exercés par les mesures concernant les investissements et élaborer, selon les besoins, les disciplines complémentaires qui pourraient être nécessaires pour éviter des effets préjudiciables sur le commerce.]

V. FONCTIONNEMENT DU SYSTEME DU GATT

Les négociations auront pour but l'élaboration de mémorandums d'accord et d'arrangements destinés à:

- i) renforcer la surveillance exercée dans le cadre du GATT de façon que l'on puisse suivre régulièrement les politiques et pratiques commerciales des parties contractantes et leurs incidences sur le fonctionnement du système commercial multilatéral;
- ii) améliorer l'efficacité générale du GATT en tant qu'institution et la prise de décisions dans ce cadre, notamment grâce à la participation des Ministres;
- iii) faire en sorte que le GATT contribue davantage à rendre plus cohérente l'élaboration des politiques économiques au niveau mondial en renforçant ses relations avec d'autres organisations internationales compétentes en matière monétaire et financière.

VI. PARTICIPATION

- a) Les négociations seront ouvertes
- 1) - à toutes les parties contractantes,
 - 2) - aux pays ayant accédé à l'Accord général à titre provisoire,
 - 3) - aux pays appliquant l'Accord général de facto et ayant annoncé, le 31 octobre 1986 au plus tard, leur intention d'accéder à l'Accord général et de participer aux négociations,
 - 4) - aux pays qui ont déjà informé les PARTIES CONTRACTANTES, à une réunion ordinaire du Conseil des représentants, de leur intention de négocier les conditions de leur participation au GATT en qualité de partie contractante,
 - 5) - aux pays en voie de développement qui, au 19 décembre 1986, auront engagé la procédure d'accession à l'Accord général, dans l'intention de négocier les conditions de leur accession au cours des négociations,
- b) Toutefois, seules les parties contractantes pourront participer aux négociations relatives à la modification ou à l'application de dispositions de l'Accord général, ou à la négociation de nouvelles dispositions.

VII. ORGANISATION DES NEGOCIATIONS

Il est institué un Comité des négociations commerciales (CNC) chargé de mettre à exécution le programme de négociations énoncé dans la Déclaration. Le CNC tiendra sa première réunion le 31 octobre 1986 au plus tard et il devra notamment:

- 1) élire son Président et organiser son programme de travail;
- 2) élaborer et mettre en oeuvre des plans détaillés de négociations commerciales avant le 19 décembre 1986;
- 3) établir le mécanisme approprié de surveillance des engagements de statu quo et de démantèlement;
- 4) créer les groupes de négociation ci-après:

Groupe de négociation n° 1: (...)

Groupe de négociation n° 2: (...)

Groupe de négociation n° 3: (...)

...

En raison de l'interdépendance de certaines questions et compte dûment tenu des principes généraux régissant les négociations énoncés au paragraphe II c), il est reconnu que des aspects d'une question peuvent être examinés dans plus d'un groupe de négociation. Chaque groupe de négociation devrait donc, en tant que de besoin, tenir compte des aspects intéressant ses travaux qui se dégageront des travaux d'autres groupes;

- 5) décider aussi de l'inclusion de thèmes additionnels dans les négociations;
- 6) coordonner les travaux des groupes de négociation et superviser le déroulement des négociations. En principe, il ne faudrait pas que plus de deux groupes de négociation se réunissent en même temps;
- 7) se réunir, s'il y a lieu, à l'échelon ministériel. Une telle réunion devrait se tenir pendant les négociations, pour que soient examinés les progrès réalisés. L'examen des résultats obtenus à cette date sera effectué au regard des objectifs et engagements énoncés dans la Déclaration.

Afin d'assurer l'application effective du traitement différencié et plus favorable, le CNC procédera, avant la conclusion officielle des négociations, à une évaluation des résultats obtenus, au regard des

objectifs et des principes généraux régissant les négociations énoncés dans la Déclaration, en tenant compte de toutes les questions qui intéressent les parties contractantes peu développées.

Lorsque les résultats des négociations dans tous les domaines auront été établis, les PARTIES CONTRACTANTES prendront une décision concernant leur incorporation officielle dans le système du GATT.

PressemitteilungGATT-Ministerkonferenz Punta del Este

Der Bundesrat hat den Vorsteher des EVD, Bundesrat K. Furgler, mit der Leitung der schweizerischen Delegation an der GATT-Ministerkonferenz betraut, welche vom 15.-20.9.86 in Punta del Este (Uruguay) stattfinden wird. Als stellvertretender Delegationschef amtiert Staatssekretär C. Sommaruga, Direktor des Bundesamtes für Aussenwirtschaft. Die Konferenz hat zur Aufgabe, die Zwecksetzung der künftigen GATT-Runde festzulegen und damit die multilateralen Welthandelsverhandlungen als solche auszulösen. Aus schweizerischer Sicht sollten diese Verhandlungen drei Hauptaufgaben wahrnehmen: die Verstärkung, Anpassung und Ausweitung des multilateralen Handelssystems, die Verbesserung des Marktzugangs und schliesslich die Integration der Handelspolitik in die internationale Wirtschaftszusammenarbeit.

EIDG. VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

Informations- und Pressedienst

Auskunft: Botschafter F. Blankart, 61 22 05

Dr. B. Eberhard, 61 22 37

Communiqué de PresseGATT-Conférence Ministérielle de Punta del Este

Le Conseil fédéral a confié au Chef du Département Fédéral de l'Economie Publique, le Conseiller fédéral K. Furgler, la direction de la Délégation suisse lors de la Conférence Ministérielle du GATT qui aura lieu du 15 au 20 septembre à Punta del Este (Uruguay). Le suppléant du Chef de la délégation sera le Secrétaire d'Etat C. Sommaruga, Directeur de l'Office Fédéral des Affaires Economiques Extérieures. La Conférence a pour tâche de fixer les objectifs du futur cycle du GATT et de lancer les négociations commerciales multilatérales mondiales. Selon l'optique suisse, ces négociations devraient traiter trois thèmes principaux: le renforcement, l'ajustement et l'élargissement du système commercial multilatéral, l'amélioration de l'accès aux marchés, et finalement l'intégration de la politique commerciale dans le cadre de la coopération économique internationale.

DEPARTEMENT FEDERAL DE
L'ECONOMIE PUBLIQUE

Service de Presse et d'information

Renseignements: Ambassadeur F. Blankart, 61 22 05
Dr. B. Eberhard, 61 22 37

Comunicato Stampa

CHES FINANZDEPARTEMENT
 DEPARTEMENT FEDERAL DES FINANCES
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELLE FINANZE

473.300

3003 Bern, 1. September 1984

GATT: Conferenza Ministeriale di Punta del Este

Il Consiglio federale ha affidato al Capo del Dipartimento Federale dell'Economia Pubblica, Consigliere Federale K. Furgler, la guida della Delegazione svizzera in occasione della Conferenza Ministeriale del GATT, che avrà luogo dal 15 al 20 settembre a Punta del Este (Uruguay). Il sostituto del capo della delegazione sarà il Segretario di Stato C. Sommaruga, Direttore dell'Ufficio Federale dell'Economia Esterna. La Conferenza avrà il compito di stabilire gli obiettivi del futuro ciclo del GATT e di avviare i negoziati commerciali multilaterali mondiali. Dal punto di vista svizzero, tali negoziati dovrebbero affrontare principalmente i tre argomenti seguenti: rafforzamento, aggiustamento e allargamento del sistema commerciale multilaterale, miglioramento dell'accessibilità dei mercati e, infine, integrazione della politica commerciale nell'ambito della cooperazione economica internazionale.

DIPARTIMENTO FEDERALE
 DELL'ECONOMIA PUBBLICA

Servizio Stampa e Informazione

Informazioni presso: Ambasciatore F. Blankart, 61 22 05
 Dr. B. Eberhard, 61 22 37



EIDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES FINANCES
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELLE FINANZE

973.300

3003 Bern, 1. September 1986

His Excellency Otto Stich
 Federal Councillor
 Chief of Department of Finance
 Bundesgasse 3

3003 BERN

An die Mitglieder
 des Bundesrates

Dear Mr. Federal Councillor,

Herr Bundespräsident
 Frau Bundesrätin
 Herren Bundesräte

Sie erhalten in der Beilage zur Kenntnisnahme ein an mich gerichtetes Schreiben des amerikanischen Schatzsekretärs. In seinem Brief plädiert James Baker im Hinblick auf die bevorstehende GATT-Konferenz in Punta del Este für den Einschluss der Direktinvestitionen in die neue Verhandlungsrunde und bittet um Unterstützung des amerikanischen Standpunktes durch die schweizerischen Behörden.

Ich werde diesen Brief im Einvernehmen mit dem Vorsteher des EVD beantworten.

Genehmigen Sie, Herr Bundespräsident, Frau Bundesrätin, Herren Bundesräte, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

O. Stich

Beilage erwähnt



Embassy of the United States of America

Bern, Switzerland

August 26, 1986

His Excellency Otto Stich
Federal Councilor
Chief of Department of Finance
Bundesgasse 3

3003 BERN

Dear Mr. Federal Councilor,

As our Governments prepare to launch a new trade round in September, there is one issue on which I seek your help. The United States has sought, throughout the preparatory process in Geneva, a comprehensive agenda for the new round that includes issues of interest to all countries.

Of particular importance to me, and presumably to other Finance Ministers, is the issue of foreign direct investment. The draft ministerial communiqué supported by the majority of countries contains only bracketed language on the foreign direct investment issue. That language is enclosed, and you will see that it is similar to the language we agreed upon at the OECD ministerial meeting this past spring.

A comprehensive new trade round is essential if we are to maintain an international economic environment that allows all countries to share in the benefits of long-term stable growth. Foreign direct investment represents a source of productive capital whose importance in that environment continues to grow. The positive relationship between foreign direct investment and expanding trade flows is increasingly appreciated. Government policies, however, can inhibit the flow of foreign direct investment and can impose conditions on investments which distort trade flows in a manner identical to practices already covered by international trading rules. These are issues and relationships which it is entirely appropriate for the GATT to address, just as other international bodies address other aspects of foreign direct investment.

./.

-2-

Trade Communiqué Language on Investment
Trade Related Investment Measures (close bracket).
Trade Related Aspects of Foreign Direct Invest-

I, therefore, ask you to help me in impressing upon the members of your Government the importance of this issue to the success of the new round. I look forward to seeing you at the upcoming annual meetings of the World Bank and IMF and I hope we will be able to take some satisfaction from the launching of a new trade round with a comprehensive agenda that includes investment.

Sincerely,

James A. Baker, III

Enclosure

1395

Draft Communiqué Language on Investment

(open bracket) Trade Related Investment Measures (close bracket).

(open bracket) Trade Related Aspects of Foreign Direct Investment (close bracket).

(open bracket) Negotiations should examine the adequacy of existing GATT rules related to the trade restrictive and distorting effects of investment measures and elaborate, as appropriate, further disciplines that may be necessary to avoid adverse effects on trade. (close brackets).

Beschlossen:

Die Botschaft über die Erhöhung der Preiszuschläge auf eingeführten Speiseölen und Speisefetten samt Bundesbeschluss wird gutgeheissen.

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:
[Handwritten Signature]

Veröffentlichung

Bundesanwalt

Kontrollbestätigung an:			
Datum	Ort	Anz.	Alten
	EDA		
	ED		
x	UFD	5	-
	IND		
x	EPG	3	-
x	AVD	16	-
	EV/D		
	B.	0	-
x	EPK	1	-
x	EP/Da	2	-